

Die Verteidigung des Westens

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **119 (1953)**

Heft 1

PDF erstellt am: **02.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-24450>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ALLGEMEINE SCHWEIZERISCHE MILITÄRZEITSCHRIFT

Organ der Schweizerischen Offiziersgesellschaft

Adressen der Redaktion

Allgemeiner Teil: Oberst i. Gst. E. Uhlmann, Neuhausen am Rheinfall, Zentralstraße 142

Militärwissenschaftliches: Oberstdivisionär G. Züblin, Küsnacht ZH, Buckwiesenstr. 22

Die Verteidigung des Westens

I.

Der Kalte Krieg

Soweit sich westliche Staatsmänner und hohe Militärs zur Weltlage äußern, wird immer wieder betont, daß der Friede durch den Weltherrschaftsanspruch der Sowjetunion und durch die Weltrevolutionsparolen des Kommunismus bedroht sei. Auch die Vernehmlassungen des Atlantikrates, der Mitte Dezember 1952 in Paris tagte, waren auf diese Feststellung abgestimmt. In einem anfangs dieses Jahres von der britischen Regierung veröffentlichten Bericht über die Sitzung des Atlantikrates hieß es abermals ausdrücklich, der Nordatlantikpakt stehe nach wie vor der doppelten Drohung einer plötzlichen Aggression und dem Versuch der Spaltung von innen her gegenüber.

Dieses Gefühl der Bedrohung und Gefährdung erwächst für den Westen aus dem Bewußtsein der gewaltigen Erfolge, die der Osten seit 1945 mit den Mitteln des Kalten Krieges zu erzielen vermochte. Der kommunistische Einflußbereich hat sich seit Ende des Zweiten Weltkrieges, ohne daß ein Rotarmist marschieren mußte, auf einen Drittel der Landoberfläche der Erde mit 40 Prozent der Erdbewohner ausgeweitet. Dies ist weitaus der größte Erfolg unter den Siegermächten des Krieges 1939–1945. Die Herrschaft der Sowjets erstreckt sich heute von der Elbe bis zum Chinesischen

Meer und von Petsamo bis nach Albanien. Ein breiter Gürtel willfähriger Satellitenstaaten ist dem russischen Raum gegen Westen vorgelagert: eine Sicherheitszone gegen allfällige westliche Angriffe und ein geeignetes Aufmarschgebiet für offensive Operationen gegen den Westen. In allen nicht-kommunistischen Staaten sind östlich orientierte Fünfte Kolonnen tätig, um die Völker von innen heraus aufzuweichen.

Man braucht nicht an die Konzentrations- und Arbeitslager, an die Verschleppungen und Terrorprozesse zu denken, um sich bei einer Gesamtbeurteilung der Entwicklung seit 1945 Rechenschaft darüber zu geben, daß der Kalte Krieg nicht nur ideologische Kriegführung ist, sondern realer und entscheidender Kampf um die Macht. Es ist verständlich, wenn der britische Militärschriftsteller General J. F. C. Fuller in seiner Schrift «How to defeat Russia» vom Westen in der Einschätzung der Weltsituation eine geistige Umstellung mit dem Hinweis fordert: «In erster Linie muß man sich vergegenwärtigen, daß der sogenannte Kalte Krieg der richtige Krieg ist und nicht einfach ein bloßes Übel. Es ist der dritte Weltkrieg, nicht nur als Drohung, sondern als Wirklichkeit.»

Fuller vertritt die These, die russische Strategie leite sich wie alle andern Elemente der sowjetischen Führung von Lenin ab und lasse sich im Grundsatz zusammenfassen: «Im Krieg ist die beste Strategie, die Operation so lange zu verschieben, bis die moralische Auflösung des Gegners die Führung des tödlichen Schlages möglich und leicht macht.» Niemand kann übersehen, daß die sowjetische Führerschaft in den bald sieben Nachkriegsjahren diesen strategischen Grundsatz konsequent, geschickt und erfolgreich zur Anwendung brachte.

Die Rüstung der Sowjetunion

Die Sowjetunion hat die materielle Rüstung neben der geistigen Kriegführung keineswegs verkümmern lassen. Die Industrie Rußlands und der Satellitenstaaten blieb auch nach 1945 weitestgehend in den Dienst der Aufrüstung gestellt. Zahlreiche Reparationsunternehmungen wurden aus Deutschland nach Rußland abtransportiert oder an Ort und Stelle für Rüstungslieferungen eingespannt. Die Bestände der Roten Armee wurden 1945 zwar abgebaut, aber durch die neuen Jahrgänge später ganz erheblich verstärkt.

So ist heute die Rote Armee, wie dies anlässlich der russischen Revolutionsfeiern jährlich stolz verkündet wird, tatsächlich die «stärkste Streitmacht der Welt». Nach offiziellen Angaben von britischer und amerikanischer Seite umfaßt zur Zeit die Rote Armee rund 200 russische Divisionen, 60 Divisionen der Satellitenstaaten, 20 000 Flugzeuge, wovon etwa

einen Drittel modernste Jagdflugzeuge, sowie 300 bis 400 moderne Unterseeboote. Die in Europa stehenden Sowjet-Streitkräfte, darunter 20 Divisionen in Ostdeutschland, sollen in letzter Zeit mit guten, neuen Waffen versehen worden sein. Die osteuropäischen Satellitenarmeen erhielten russische und tschechische Waffen und Ausrüstungen. Die vollständig unter russischer Kontrolle stehende «Volkspolizei» der deutschen Ostzone wird nach russischer Ausbildungsmethode und russischer Organisation zu einem rein militärischen Instrument mit schwerem Material ausgestaltet.¹

Die Sowjetunion unternimmt alle Anstrengungen, um ihr Kriegspotential auch wirtschaftlich und technisch zu steigern. Der bis 1955 datierte Fünfjahresplan soll die Rohstoffausbeute und die industrielle Kapazität erhöhen und Rußland der wirtschaftlichen Autarkie ein Wegstück näherbringen. Gewaltige Anstrengungen werden insbesondere auf dem Gebiete der Flugzeugproduktion unternommen. Der Chef der amerikanischen Luftwaffe erklärte kürzlich, die Sowjet-Luftwaffe sei der amerikanischen überlegen. Seit 1947 habe die Sowjetunion fünfmal mehr Militärflugzeuge produziert als die Vereinigten Staaten. Nach den Angaben des neuen britischen Jahrbuches «Janes all the Worlds Aircraft» werden in der Sowjetunion monatlich 450 moderne MIG-15-Maschinen und dank des Einsatzes von 360 staatlichen Betrieben jährlich total 11 000 Jagdmaschinen neueren Typs hergestellt. Das Jahrbuch erwähnt sodann, die russische Flugzeugindustrie habe nebst der Produktion eines neuen Langstrecken-Düsenbombers auch einen «fliegenden Flugzeugträger» entwickelt, der seine eigenen Jagdmaschinen für den Kampf mit feindlichen Flugzeugen mit sich trage. Auf jeden Fall steht fest, daß die Sowjetunion – teilweise unter Heranziehung deutscher Konstrukteure – in der Flugtechnik gewaltige Qualitätsfortschritte erzielt und zahlenmäßig den Westen überflügelt hat.

Die Kräfte des Atlantikpaktes

Die im Atlantikpakt zusammengeschlossenen Staaten des Westens sind den Streitkräften des Sowjetblocks militärisch eindeutig unterlegen. Sie haben im Jahre 1945 radikal abzurüsten begonnen und weisen deshalb einen Rückstand auf, der noch während längerer Zeit nicht aufgeholt sein wird.

Erst aus dem Bewußtsein der ernst gewordenen Bedrohung heraus kamen nach dem Überfall Südkoreas durch kommunistische Streitkräfte im Juni 1950 die Anstrengungen des Atlantikpaktes ins Anlaufen. Dem

¹ Vergleiche ASMZ November 1952: Die militärische Volkspolizei in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

ersten Oberbefehlshaber, General Eisenhower, standen anfänglich nur sehr bescheidene Kräfte zur Verfügung. Es gelang ihm aber, anlässlich der Atlantik-Konferenz vom Februar 1952 in Lissabon einen konkreten Plan für den Ausbau der atlantischen Streitkräfte durchzubringen. Jener Plan legte für die nächsten Jahre die den einzelnen Staaten zufallenden Kontingente fest, und erteilte der Eingliederung der deutschen Kontingente in die Europa-Armee die militärische Sanktion.

General Eisenhower erwähnte in seinem vom April 1952 datierten «Jahresbericht über die Fortschritte und Probleme der Europäisch-Atlantischen Verteidigung», die Mitgliedstaaten der Nord-Atlantikpaktorganisation (NATO) hätten sich verpflichtet, im Jahre 1952 insgesamt 50 Divisionen und 4000 Flugzeuge für die Verteidigung Europas aufzustellen. Die Hälfte der Divisionen sollte aus aktiven Einheiten, der Rest aus Reserve-divisionen bestehen, die innerhalb von drei bis dreißig Tagen einsatzbereit sein könnten. So lautete eindeutig das in Lissabon für 1952 aufgestellte Ziel. Es wirkt wenig überzeugend, wenn der Generalsekretär der NATO, der britische General Ismay, angesichts der letztes Jahr eingetretenen Entwicklung nunmehr erklärt, in Lissabon seien keine definitiven Rüstungsziele für 1952 festgesetzt und die Mitgliedstaaten in keiner Weise auf bestimmte Ziffern verpflichtet worden.

Im Laufe des Jahres 1952 nahmen nämlich alle europäischen NATO-Staaten am Lissaboner-Plan erhebliche Abstriche vor. So erklärte der britische Premierminister Churchill im Unterhaus in aller Offenheit, seine Regierung sei mit Rücksicht auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes genötigt, in den Rüstungsausgaben Einschränkungen vorzunehmen. Die Ablieferungen neuer Waffen und neuer Ausrüstung müßten auf einen längern Zeitraum verteilt werden. Churchill betonte immerhin, daß die Lage in Korea, in Malaya, in der Suezkanalzone und in Europa eine Herabsetzung der Truppenbestände nicht erlaube. Die NATO hat aber auf jeden Fall damit zu rechnen, daß *Großbritannien* in nächster Zeit nicht in der Lage sein wird, einen militärischen Beitrag zu leisten, der zu einer wesentlichen Stärkung führt.

Frankreich erklärt sich ebenfalls außerstande, die in Lissabon aufgestellten Pläne einzuhalten. Der neue französische Ministerpräsident René Mayer wies in seinem Regierungsprogramm auf die Notwendigkeit von Einsparungen im Militärbudget. Gleichzeitig erhob er ernste Bedenken gegen die Ratifikation des Vertragsentwurfes über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, der die Aufstellung deutscher Divisionen vorsieht. Es ist deutlich zu erkennen, daß Frankreich, vor allem auch im Hinblick auf seine gewaltige Beanspruchung in Indochina, an die Stärkung der NATO in

absehbarer Zeit kaum sehr wesentlich beizutragen vermag. Dieselbe Situation liegt hinsichtlich *Hollands* vor. Der Verteidigungsminister erklärte Mitte Dezember, Holland werde hinter seinen NATO-Verpflichtungen zurückbleiben; die holländische Armee könne 1954 nur über eine stehende und zwei rasch mobilisierbare an Stelle der fünf Divisionen verfügen, die sie nach den Plänen der NATO stellen sollte; Holland werde erst nach 1954 mit der Bildung der zwei fehlenden Divisionen beginnen.

Belgien hat 1952 seine Dienstzeit herabgesetzt und damit zwangsläufig eine Reduktion der Truppenbestände herbeigeführt. Auch die skandinavischen NATO-Mitgliedstaaten erklärten sich außerstande, den Lissaboner-Verpflichtungen vollumfänglich nachzukommen. *Dänemark* gab offiziell bekannt, daß es sein Rüstungsprogramm über den Zeitraum 1952/54 ausdehnen und auch hinsichtlich der Truppenbestände Zurückhaltung üben müsse. In *Norwegen* stellte der Verteidigungsminister fest, daß das militärische Bauprogramm, das vor allem die Errichtung von Flugbasen vorsieht, sich zeitlich nicht verwirklichen lasse, weil verschiedene Arbeiten in der vorgesehenen Zeit praktisch gar nicht ausführbar seien. Bestandesmäßig will aber Norwegen das mögliche tun. Nach einer Ende Dezember veröffentlichten Regierungsvorlage beabsichtigt Norwegen in Friedenszeiten eine ständige Truppe von 8000 Mann aufzustellen, die bei Kriegsbeginn in eine Armee von 72 000 Mann ausgeweitet würde. Bis zum Sommer 1954 sollen zwei Brigaden ständiger Truppen bereitstehen mit einem Bestand von je 4000 Mann, die den ersten Teil ihrer Ausbildungszeit absolviert haben und die ihren Ausbildungsdienst in den Brigaden beenden. Nebst den beiden Brigaden soll noch ein kleines ständiges Detachement von Spezialisten im Dienste stehen, das bei Mangel an Beständen durch periodische Einberufung von Reservisten zu Wiederholungskursen aufgefüllt würde. *Schweden*, das außerhalb der NATO steht, unternimmt in der Erkenntnis, daß nur eine imponierende militärische Kraft eine Chance für die Erhaltung des Friedens darstellt, auf dem Gebiete der Landesverteidigung enorme Anstrengungen. Während im Fiskaljahr 1951/52 rund 1½ Milliarden Kronen für das Verteidigungswesen ausgegeben wurden, sind für das Jahr 1953/54 ungefähr 2 Milliarden Kronen in Aussicht genommen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Anstrengungen der europäischen NATO-Staaten auf militärischem Gebiet erheblich hinter den Erwartungen zu Beginn des Jahres 1952 zurückblieben. Statt der erhofften 50 Divisionen steht zur Zeit erst etwa die Hälfte zur Verfügung. Im SHAPE, dem Hauptquartier der NATO, wird die Enttäuschung über diese Entwicklung nicht mehr unterdrückt. Der NATO-Oberbefehlshaber General Ridgway kritisierte anläßlich der Schlußsitzung des militärischen Komitees

des Atlantikrates im vergangenen Dezember offen die *Verzögerung im Aufbau des europäischen Verteidigungssystems*. Er betonte, daß Europa gefährdet sei, solange nicht eine minimale Verteidigung gewährleistet werden könne; man müsse sich klar darüber sein, daß der Gegner die Mittel zum Angriff besitze. Anfangs Januar griff General Ridgway die Kritik neuerdings auf, wobei er deutlich seiner Auffassung Ausdruck gab, der im Atlantikrat vertretene Grundsatz, vorerst die Qualität der vorhandenen Truppen zu verbessern, und erst nachher neue Divisionen aufzustellen, sei nicht zufriedenstellend. Er bezeichnete die 1952 erzielten Fortschritte zwar als «höchst befriedigend und beachtenswert», unterstrich jedoch, daß die Fortschritte ungenügend seien im Verhältnis zur übertragenen Aufgabe und zu den Kräften des möglichen Gegners. «Wenn innert 18 Monaten ein Krieg ausbrechen sollte», so sagte General Ridgway, «würden wir schwere Schläge erhalten. Unsere Verluste wären hoch, weil der Grad der Vorbereitung für den Kampf nicht genügend ist.» Der General erklärte in diesem Zusammenhang, daß die Ausbildungsmethoden in den NATO-Armeen vervollkommenet werden müssen.

Die Aufrüstung der Vereinigten Staaten

Im Gegensatz zu den europäischen Rüstungsmaßnahmen haben die *Vereinigten Staaten* ihre militärischen Bemühungen auf eine *Rekordhöhe* gesteigert. Bei Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 waren die amerikanischen Truppenbestände sowohl zu Lande, wie in der Luft und zur See noch recht bescheiden. Als die Intervention der UNO-Truppen in Korea beschlossen wurde, übernahmen die Amerikaner die Hauptlast des Kampfes. Die schweren Rückschläge der ersten Wochen bewiesen eindeutig die Schwäche der amerikanischen Streitkräfte. Korea wurde deshalb für die Amerikaner zum Fanal und gleichzeitig zum Prüfstein. Sie wogen Korea als eine Art zweites Pearl Harbour und zogen unverzüglich die Konsequenzen.

Seit dem Kriegsausbruch in Korea haben die USA militärische Anstrengungen unternommen, die weit über alles hinausgehen, was die Vereinigten Staaten bisher in Friedenszeiten militärisch an Vorbereitungen getroffen hatten. Die Kosten der Kriegführung in *Korea*, die fast ausschließlich von den Amerikanern getragen werden, belaufen sich vom Juni 1950 bis Ende 1952 auf 15 Milliarden Dollar. Weitere Milliarden haben die Amerikaner für die industrielle Mobilisation und für neue Verwaltungszweige, die nach Ausbruch des Koreakrieges geschaffen werden mußten, ausgegeben. Im gleichen Zeitraum wurden 20,3 Millionen Tonnen Kriegsmaterial und Verpflegung sowie 12,3 Millionen Tonnen Treibstoff nach Korea verschifft.

Gewaltig waren der personelle Einsatz und die Verluste. Die Streitkräfte der westlichen UNO-Länder in Korea haben zur Zeit einen Bestand von rund 450 000 Mann, von denen die Amerikaner wiederum die Mehrzahl stellen. Zwischen dem Juni 1950 und dem Jahresbeginn 1953 verloren die Amerikaner an die 128 000 Mann an Toten, Verwundeten, Vermißten und Gefangenen, sowie 1200 Flugzeuge. Die Verluste der übrigen Alliierten (ohne Südkoreaner) werden mit 11 000, diejenigen der Südkoreaner mit 155 000 und diejenigen der kommunistischen Streitkräfte mit 1,8 Millionen Mann angegeben.

Außer Korea beanspruchten auch die Kämpfe in Indochina, in Burma und Malaya starke westliche Streitkräfte. In *Indochina* allein stehen ständig rund 210 000 Mann des französischen Expeditionskorps, darunter 8000 Offiziere (26 Prozent des gesamten französischen Offizierskorps) und 33 000 Unteroffiziere (37 Prozent des Unteroffizierskorps). In dem seit 1945 dauernden Kampf beliefen sich bis Herbst 1952 die Verluste der französischen Streitkräfte an Toten, Verletzten und Gefangenen auf ungefähr 90 000 Mann, die Kosten auf 1547 Milliarden Francs. In Burma und Malaya fechten seit Jahren westliche – vor allem britische – Streitkräfte in der Stärke von einigen zehntausend Mann einen zermürenden Kleinkrieg gegen einen fanatischen, zähen asiatischen Gegner durch.

Es ist angesichts dieser starken Beanspruchung der westlichen Mächte im Fernen Osten verständlich, daß für die Verteidigung Europas weniger Kräfte zur Verfügung stehen. Trotz ihres gewaltigen Engagements sind aber von den Vereinigten Staaten noch Riesenanstrengungen für die allgemeine eigene Aufrüstung und die militärische Stärkung der übrigen westlichen Welt unternommen worden. In einem Bericht über die Erfolge in der Aufrüstung der USA während der letzten 2½ Jahre stellte der Verteidigungsminister anfangs Januar 1953 fest, die Armee sei von 10 Divisionen und 11 Regimentskampfabteilungen auf 20 Divisionen und 18 Combat Teams, die Marine von 200 auf 400 Schiffe, die Zahl der Marinefüsiliere von 75 000 auf 230 000 und die Luftwaffe von 48 auf 95 Fliegerregimenter verstärkt worden. Diese Verstärkung kommt einer personellen Teilkriegsmobilmachung gleich, die mit einer gewaltigen industriellen Mobilmachung parallel ging. Nach Angaben des Wirtschaftsministers war die amerikanische Fabrikationskapazität im vergangenen Dezember 65 Prozent höher als am Ende des zweiten Weltkrieges. Die Stahlproduktion, die größte der Welt, stieg seit 1945 um 23, die Produktion an elektrischer Energie um 65, die Erdölproduktion um 50 Prozent auf täglich 7,8 Millionen Faß. Die Produktion an Panzern ist zur Zeit siebenmal, diejenige an elektronischer Ausrüstung mehr als doppelt so groß wie vor Jahresfrist. Die Produktion an

Jagdbombern und Jägern konnte gegenüber 1950 um das Vierfache gesteigert werden.

In dem anfangs Januar veröffentlichten Staatsvoranschlag der USA für das Rechnungsjahr vom 1. Juli 1953 bis 30. Juni 1954 sind 73 Prozent der Ausgaben, nämlich 57,3 Milliarden Dollar, für die Erfüllung der Sicherheitsprogramme in Aussicht genommen. Von diesem Betrag werden u. a. 46,3 Milliarden für die Land- und Luftarmeen und die Seestreitkräfte und 8 Milliarden für die Auslandshilfe bestimmt. Von diesen Militärausgaben entfallen 15,4 Milliarden auf die Landarmee, 11,8 Milliarden auf die Flotte und 17,5 Milliarden auf die Luftwaffe. Für den Bau von Flugzeugen sind 1953/54 total 8,7 Milliarden (1,3 Milliarden mehr als 1952/53), für das Atomenergieprogramm 2,7 Milliarden Dollar vorgesehen. Die Luftwaffe soll auf 143 Geschwader mit 20 000 Kampfflugzeugen, die Marine auf einen Bestand von 15 000 Flugzeugen erhöht werden. Das Ziel der Anstrengungen ist eine Luftwaffe von 35 000 Flugzeugen. Diese Zahlen belegen das Bestreben der USA, gegenüber der Sowjetunion die Luftüberlegenheit zurückzugewinnen.

Das Programm für die Armee sieht die Aufstellung zahlreicher neuer Divisionen vor, wobei – Marinedivisionen eingerechnet – die Zahl 240 genannt wird. In dieser Zahl sind auch die Truppen der Nationalarmee und Reserveverbände eingeschlossen. Bei der Aufstellung dieser großen Streitkräfte ergeben sich für die USA keineswegs Schwierigkeiten personeller Natur. Die Vereinigten Staaten besitzen genügend wehrfähige Männer, um die heutige Zahl der Divisionen ohne weiteres vervielfachen zu können. Ein kritisches Problem bleibt die zeitgerechte Ausbildung und die quantitativ genügende Ausrüstung. Solange die USA die Last des Koreakrieges zu tragen haben, wird trotz der enormen Bemühungen weder für die amerikanischen Truppen noch für die europäischen Armeen das Plansoll an Ausrüstung erreichbar sein. Die Lieferungen der Vereinigten Staaten an das Ausland im Rahmen des Programms für gegenseitige Sicherheit erreichen zwar nach wie vor respektable Ziffern. So wurden beispielsweise im Oktober 1952 insgesamt 386 531 Tonnen im Werte von 329 Millionen Dollar geliefert, darunter 206 Flugzeuge, 4347 Radio- und Radargeräte und 1551 Panzer. Die zuständigen amerikanischen Stellen zeigen sich aber besorgt, weil die für das 3. Quartal 1952 gegenüber dem 2. Quartal vorgesehene Erhöhung nicht realisiert werden konnte. Die Lieferungen nach Europa sanken vom 2. zum 3. Quartal von 551 auf 482 Millionen Dollar. Solange die Rüstungsanstrengungen der europäischen Staaten nicht ganz erheblich gesteigert werden, wird also auch die gewaltige amerikanische Anstrengung die große militärische Gesamtlücke des Westens nicht auszufüllen vermögen.

Das Problem eines deutschen Wehrbeitrages

Angesichts dieser Situation drängen die Vereinigten Staaten auf die Verwirklichung eines deutschen Wehrbeitrages. Die Amerikaner sind der Ansicht, daß die im Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft vorgesehene Aufstellung von zwölf deutschen Divisionen die wirksamste Verstärkung der Verteidigung des Westens darstellen würde. Die amerikanischen Behörden zeigen sich angesichts der reservierten Haltung der französischen Regierung Mayer in der Frage einer neuen deutschen Armee besorgt. Der Chef des amerikanischen Generalstabskomitees, General Omar Bradley, gab diesen Besorgnissen mit der Feststellung Ausdruck, daß die Politik der Regierung Mayer die europäische Verteidigungsgemeinschaft gefährde; es gebe keine wirkliche Alternative zur Europa-Armee; deren Behinderung müsse ernste Folgen haben. General Bradley unterstrich die Notwendigkeit der Erhaltung der Europa-Armee in der vorgesehenen Struktur, wenn der deutsche Verteidigungsbeitrag gewährleistet bleiben soll. General Ridgway sprach Mitte Januar in einer Radiorede ebenfalls entschieden für die baldige Eingliederung deutscher Truppen in das Verteidigungssystem des Westens. Er begründete seine Forderung mit der «ungenügenden Zahl von Truppen der NATO-Armee». Die Ausbildung einer kampffähigen Division daure, so sagte der NATO-Oberbefehlshaber, falls man wie die Deutschen «neu beginnen» müsse, volle 18 Monate, weshalb man sofort damit anfangen sollte. Der deutsche Verteidigungsbeitrag werde eine bessere Verteilung der Lasten auf alle Staaten des Westens gestatten.

In ernster Weise äußerte sich auch Feldmarschall Montgomery als stellvertretender Oberbefehlshaber der NATO. Er brachte anfangs Januar 1953 britischen Parlamentariern gegenüber den Wunsch zum Ausdruck, Großbritannien möge sich am Aufbau der Europa-Armee beteiligen, um mitzuhelfen, Deutschlands Beitrag am westlichen Verteidigungssystem sicherzustellen. Feldmarschall Montgomery wie General Bradley vertraten allerdings die Auffassung, daß die Schaffung einer nationalen deutschen Armee im Gesamtrahmen des Atlantikpaktes nicht in Frage kommen könne, solange Frankreich gegen den deutschen Wehrbeitrag Einspruch erhebe. Der Chef der amerikanischen Generalstäbe begleitete diese Feststellung mit dem Hinweis, daß alle wichtigen Verbindungslinien der europäischen Verteidigung durch Frankreich laufen und deshalb Frankreichs Mitarbeit unbedingt notwendig sei. Die Forderung Feldmarschall Montgomerys nach Beteiligung Englands an der Europa-Armee stieß in London auf wenig Gegenliebe. Das britische Außenministerium gab bekannt, daß in dieser Frage Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und dem Feldmarschall

bestünden, da nach Auffassung der Regierung die beste Lösung in der baldigen Verwirklichung der von Frankreich, Italien, Westdeutschland, Holland, Belgien und Luxemburg getragenen europäischen Verteidigungsgemeinschaft bestehe. Die britische Regierung lehnt somit nach wie vor die direkte Beteiligung an der Europa-Armee ab; sie konzentriert ihre militärischen Anstrengungen auf die Beteiligung am Atlantikpakt und auf den Schutz der Überseegebiete des britischen Weltreiches.

Der deutsche Wehrbeitrag findet nicht nur in westeuropäischen Staaten mangelnde Förderung und – wie in Frankreich – sogar Opposition. Die schärfste Gegnerschaft erwächst der westdeutschen Wiederaufrüstung seitens der Sowjetunion, die mit dem Werden einer deutschen Armee die Hoffnung auf eine Sowjetisierung Ostdeutschlands oder eines allfälligen späteren geeinten Deutschlands zerrinnen sieht. Die Sowjetregierung versucht deshalb die Aufstellung westdeutscher Divisionen mit allen Mitteln des politischen Druckes zu verhindern, versucht zum mindesten, einer westdeutschen Streitkraft durch die rasche Schaffung einer starken ostdeutschen Armee (Volkspolizei) zuvorzukommen.

In Westdeutschland selbst sind die Meinungen über einen deutschen Wehrbeitrag sehr geteilt. Die Regierung Adenauer kämpft konsequent und energisch für die Ratifikation des Vertrages, der die Eingliederung Deutschlands mit 12 Divisionen in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft festlegt. Der Bundeskanzler hat bei der Auseinandersetzung um die Ratifikation dieses EVG-Vertrages im Bundestag unter anderem darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, das Kriegsmaterial für die deutschen Divisionen im Werte von 40 Milliarden Mark innert kurzer Frist zu liefern. In der amerikanischen Presse wird bestätigt, in den USA seien militärische Materialvorräte aufgestapelt worden, um mehrere deutsche Divisionen innert kürzester Zeit auszurüsten. Wenn sich auch diese Angaben vorläufig nicht nachprüfen lassen, steht doch fest, daß die Amerikaner größten Wert darauf legen, die Europa-Verteidigung sobald als möglich durch westdeutsche Divisionen nachhaltig verstärken zu lassen.

Es ist einleuchtend, daß ein deutscher Wehrbeitrag von 12 Divisionen (nach dem deutschen Plan 6 Panzer-, 3 Panzergrenadier- und 3 vollmotorisierte Divisionen) eine ganz erhebliche Kräftigung der westlichen Verteidigung darstellen würde. Gegenwärtig bildet die militärische Schwäche Deutschlands und Österreichs, die durch Besatzungstruppen nur ungenügend ausgeglichen wird, eine Verlockung für jede starke Militärmacht, die das Bestreben hat, Westeuropa zu beherrschen. Das Problem des deutschen Wehrbeitrages ist aber primär kein militärisches, sondern ein eminent politisches. Es hängt von den politischen Entscheidungen der westeuropäischen

Staaten – insbesondere Frankreichs – ab, ob die deutsch-alliierten Verträge bald in Kraft treten und damit deutsche Divisionen aufgestellt werden können. Zur Zeit sieht es wenig darnach aus, als ob die Ratifikation sehr rasch möglich wäre.

Da die europäischen NATO-Staaten aus wirtschaftlichen Gründen eine raschere Verstärkung der Wehrbereitschaft nicht für möglich halten, bleibt die Situation weiterhin durch eine ausgesprochene militärische Unterlegenheit des Westens gegenüber dem Osten charakterisiert. Es trifft somit wohl noch auf einige Zeit hinaus die Feststellung General Ridgways zu, daß «die westlichen Verteidigungskräfte in jeder Hinsicht unzureichend sind, um der Gefahr eines unmittelbaren Großangriffes begegnen zu können».

★

Nachdem in den bisherigen Ausführungen das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West dargestellt worden ist, soll in einem weiteren Artikel versucht werden, die Verteidigungsstrategie des Westens unter Berücksichtigung seiner Schwäche klarzulegen.

(Fortsetzung folgt)

Lehren aus dem St. Galler Fall

Von Major Albert Stürm

Vorbemerkung der Redaktion: Wir veröffentlichten in der November-Nummer 1952 unter dem Titel «*Militärjustiz und Dienstreglement*» eine Stellungnahme zum sogenannten «St. Galler Fall». Der Verfasser warf die Frage auf, ob und wie weit die Militärjustiz die Vorschriften des Dienstreglementes respektiere. Seit jener Publikation hat nun das Militärkassationsgericht das Urteil gegenüber dem Offizier bestätigt, das Urteil gegenüber dem Soldaten jedoch gemildert, indem es ihn frei sprach von der Anstiftung zu falschem Zeugnis. Damit tritt der Gegensatz im Strafmaß noch stärker hervor (3 Monate für den Offizier, 1½ Monate für den Soldaten). Es sind uns eine Reihe weiterer Zuschriften eingegangen, von denen wir im folgenden eine veröffentlichen, weil sie sich auch mit der *rechtlichen Seite* des Falles eingehend auseinandersetzt, ohne die militärischen Gesichtspunkte zu übersehen. Der nachstehende Artikel kann nicht alle Befürchtungen im Hinblick auf gewisse Urteile der Militärgerichte entkräften, zieht aber doch in sachlicher Art Lehren und Konsequenzen, die hoffentlich recht bald berücksichtigt werden.

Glücklicherweise sind wir von oben bis unten, von links bis rechts im wesentlichen einig über die *Bedeutung der Disziplin* in unserer Armee. Sie gibt der Truppe den innern Zusammenhalt, ohne den «auf die Dauer kein Kampferfolg möglich ist» (Frick). Ohne Disziplin sind die besten militärischen Tugenden wie Mut, Tapferkeit, Kameradschaft, Abhärtung, Be-